



# NEWS LETTER

Dezember 2012

# 7/2012

*Offshore-Windprojekte deutlich hinter Plan    Ökostrom  
gesamtwirtschaftlich deutlich günstiger als Atom- und Kohle-  
strom    Windbranchen-Riesen mit Sparvorschlägen fürs EEG    500 von  
600 Energie-Genossenschaften entfallen auf die Er-  
neuerbaren    Einnahmen aus Gewerbesteuer oft unter den Erwartungen  
der Kommunen    Polen und Tschechien verärgert über Deutschen Wind-  
strom    SWM erwerben französischen Windpark von Nordex    Schwei-  
zer EBM übernimmt zu 100% deutschen Windpark  
Frehne I    Größter Windpark Bayerns voraussichtlich zum Jahresende am  
Netz    EnBW plant mit der türkischen Borusan Holding 50 MW-Wind-  
park bei Istanbul    Lastabschalt-Verordnung lässt auf sich warten*

# Offshore-Windprojekte deutlich hinter Plan

## Kostenexplosion gefährdet die wirtschaftliche Tragfähigkeit

von Matthias Pallutt

*Mit einem langfristig geplanten Ausbauvolumen von bis zu 40.000 MW verhiess die Offshore-Windenergie bis vor kurzem, eine der tragenden Säulen der Energiewende zu werden. So sollte sie nicht nur große Teile des deutschen Stromverbrauchs erzeugen sondern auch mit einer stetigeren Einspeisung zu mehr Verlässlichkeit in der Stromversorgung beitragen. Bis heute sind jedoch erst 52 Anlagen mit einer Gesamtkapazität von ca. 200 MW fertiggestellt worden.*

Gemäß den letzten Agenturmeldungen wird die Offshore-Windenergie die anvisierten Ausbauziele nicht erfüllen können. So meldeten in den letzten Wochen gleich mehrere Unternehmen Verzögerungen (RWE mit dem Projekt „Nordsee-Ost“, E.ON mit dem Projekt „Amrumbank West“ bzw. Trianel mit dem Projekt „Borkum West II“), oder es wurden Projekte einstweilig auf Eis

gelegt (EnBW mit dem Projekt „Hohe See“, DONG bei dem Projekt „Borkum Riffgrund“).

Die Probleme bei der Netzanbindung der Offshore-Projekte bei Tennet sind aber nur ein Teil der Erklärung. Es ist wohl richtig, dass einige Projekte weiter sein könnten, wenn der Netzanschluss entsprechend den früheren Planungen erfolgen würde. RWE behält sich aus diesem Grund auch Schadenersatzansprüche gegen Tennet vor, Trianel hat sie dagegen bereits angemeldet.

Das Beispiel BARD-Offshore I zeigt hingegen, dass die Schwierigkeiten nicht nur technischer Natur sind. Bereits 2010 wurden dort die ersten Anlagen angeschlossen und bis 2013 soll der Windpark seine Gesamtleistung von 400 MW erreichen. Damit handelt es sich um eines der Projekte, deren Inbetriebnahme am besten einzuschätzen ist und bei dem der Netzanschluss kei-

ne weiteren Schwierigkeiten bereitet. Offenbar scheinen die explodierenden Baukosten keine attraktive Rendite für Investoren mehr zuzulassen, so dass sich inzwischen auch die letzten Interessenten aus dem Bietprozess zurückgezogen haben. Daher wird die Unicredit als finanzierende Bank das Projekt zunächst vollständig übernehmen und hofft, nach Fertigstellung einen neuen Käufer für das Projekt zu finden. Ob die Suche nach einem Investor dann einfacher ist und die inzwischen budgetierten 2,9 Mrd. Euro wieder Erlöst werden, darf bezweifelt werden. Nicht zuletzt die Abschreibungen in Höhe von bislang 700 Mio. Euro auf die an BARD-Offshore I gewährten Kredite, deuten darauf hin, dass sich Unicredit wohl keine Hoffnungen macht, die Baukosten wieder einzuspielen. Darüber hinaus gibt die Höhe der Abschreibung möglicherweise einen ersten Hinweis darauf, wo in etwa der faire Wert des Projektes liegen könnte.

Dies deutet jedoch darauf hin, dass das Geschäftsmodell von Offshore-Windprojekten als solches zu hinterfragen ist. Das Verhältnis von Investitionen und Einspeisevergütung darf auch hier nicht endlos überdehnt werden. Momentan scheinen die ggü. Onshore-Windprojekten zumindest zeitweilig höheren Einspeisevergütungen und die erhöhte Auslastung, die Mehrkosten bei den Projektinvestitionen nicht auszugleichen. Zusätzlich gibt es we-



nig bis gar keine Erfahrungen hinsichtlich der langfristigen Entwicklung der Verfügbarkeit, der Betriebskosten und der Lebensdauer der Anlagen.

Eine weitere Tarifierhöhung wäre daher von Nöten, um Offshore-Projekte wieder attraktiver zu gestalten. Diese erscheint jedoch vor dem Hintergrund der erst kürzlich mitgeteilten Erhöhung der EEG-Umlage auf über 5ct/kWh politisch nicht umsetzbar.

Selbstverständlich sind Offshore-Windparks in der Größenordnung eines konventionellen Großkraftwerkes geeignet, beim Investor starke Emotionen zu wecken. Die schiere Größenordnung in Kombination mit den technischen Herausforderungen, deren Beherrschung nur zu gern angenommen wird, verleiht einem solchen Projekt einen visionären Charakter.

Ein Onshore-Windprojekt mit 7 Anlagen und einer Stromproduktion von vielleicht gerade mal 50 Mio. kWh kann da nicht mithalten. Aus Prestige-Gründen scheint es daher nachvollziehbar, eher Offshore-Projekte zu verfolgen, als die kleinen und vermeintlich langweiligeren Onshore-Projekte.

Doch diese haben durch die Entwicklung einer neuen Generation von Binnenlandmaschinen deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. An geeigneten Standorten sind mit modernen Maschinen Auslastungen zu erzielen, die jenseits der Marke von 3.000 Volllaststunden liegen können. Diese Projekte können jedoch unter 2 Mio. Euro pro MW realisiert werden und sind damit etwa halb so teuer, wie Offshore-Projekte, wenn sie denn plangemäß verlaufen. BARD Offshore I kommt mit seinen inzwischen veranschlagten Kosten von 2,9 Mrd. Euro auf einen spezifischen Preis von 7,25 Mio. Euro pro MW und erinnert damit in fataler Weise an

die häufig bei Bahnhöfen oder Flughäfen vorkommenden Kostenüberschreitungen öffentlicher Infrastrukturprojekte (letztenannter Hinweis sei einem Berliner Unternehmen erlaubt).

Zusätzlich belasten Onshore-Projekte aufgrund der geringeren Einspeisevergütung das EEG-Konto deutlich weniger. Dies sollte auch angesichts des anstehenden Wahljahres für die politische Weichenstellung zum Ausbau der erneuerbaren Energien von Bedeutung sein. Jede Entscheidung wird zukünftig wohl stärker auch die Auswirkungen auf die Bezahlbarkeit des Stromes für die Bevölkerung miteinbeziehen müssen, will sie sich nicht dem Vorwurf der Klientelpolitik aussetzen.

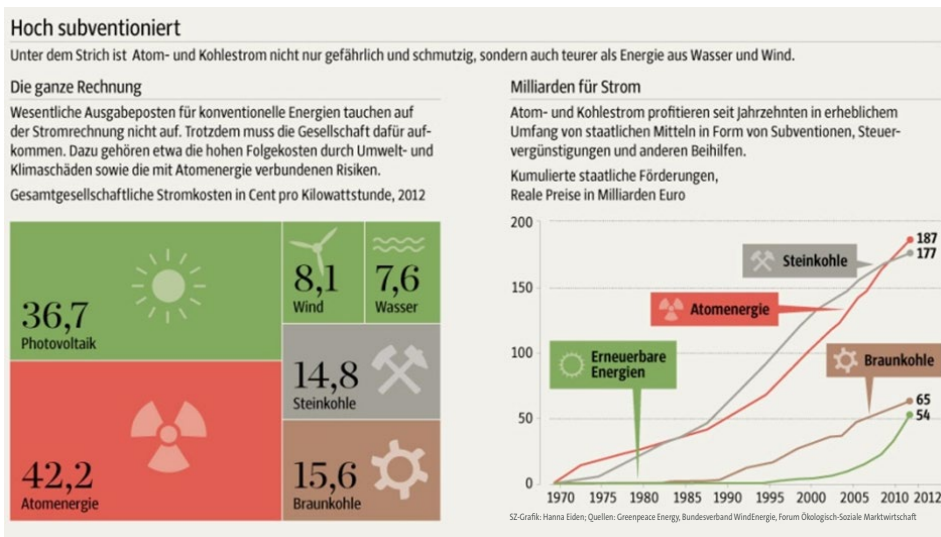
Momentan ist es sicher zu früh, einen Abgesang auf die Offshore-Windenergie zu verfassen. Die Probleme bei BARD sind nicht auf alle anderen Projekte übertragbar. Viele Projekte sind unumkehrbar angeschoben und werden in den kommenden Jahren sicherlich auch fertig gestellt werden, wenn auch deutlich später als geplant. Ob Investoren dabei jedoch eine risikoadäquate Rendite erzielen werden, erscheint aus heutiger Sicht fraglicher denn je.

## Ökostrom gesamtwirtschaftlich deutlich günstiger als Atom- und Kohlestrom

Dennoch fordern Verbraucher mit Blick auf die Stromrechnung die Rückkehr zu Atomkraft

Die gesellschaftliche Ablehnung der Energiewende scheint sich seit Bekanntgabe der drastischen Erhöhung der EEG-Umlage für das nächste Jahr rasant auszuweiten. Dabei könnte ein Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Kosten der konventionellen Energien dies schlagartig ändern.

Ökostrom kostet die Verbraucher insgesamt deutlich weniger als Atom- und Kohleenergie. Dies bleibt in den derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Diskussionen jedoch völlig unbeachtet. Die enorme Verunsicherung der Verbraucher verdeutlicht eine kürzlich erhobene Umfrage von Bild, nach welcher sich 65 Prozent der rund 100.000 Befragten bereits die Kernkraft zurückwünschen. Die hohen Subventionen für konventionelle Energielieferanten tauchen zwar auf keiner Stromrechnung



auf, getragen werden sie dennoch ebenso vom Steuerzahler.

Eine im Auftrag von Greenpeace Energy und dem Bundesverband Windenergie erstellte Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) zeigt nun die tatsächlichen Kosten der verschiedenen Energiegewinnungsarten, indem sie die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten, also auch die externen Effekte, der Stromerzeugung untersucht und summiert. Schließlich belasten Folgekosten, wie sie die Endlagerung von Atommüll, Klimaschäden, Umweltverschmutzung oder gar nukleare Unfälle verursachen, letztendlich jeden einzelnen Bürger.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet trägt die Gesellschaft danach im Jahr 2012 bei einer Kilowattstunde Windstrom Kosten von 8,1 Cent, bei Wasserstrom 7,6 Cent und bei Steinkohle 14,8 Cent. Atomstrom erreicht je nach Bandbreite der angesetzten externen Kosten zwischen 16,4 und 42,2 Cent. Photovoltaik liegt derzeit bei Kosten von 36,7 Cent/kWh, verursacht durch die hohen Anfangsinvestitionen für den Bau dieser Anlagen. Im Vergleich zu den getätigten Investitionen in den ersten Jahren der Kernenergie sind die aktuellen Ausgaben für Solarenergie jedoch geradezu gering. Die staatliche Unterstützung für Atomstrom lag mit mehr als 60 Cent je Kilowattstunde damals fast doppelt so hoch.

Auch Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes bestätigt: „Nicht nur Atomkraft, sondern auch Kohle sind über Jahrzehnte vom Steuerzahler subventioniert worden. Das sind deutlich höhere Kosten als das, was wir im Augenblick für die Energiewende und für die erneuerbaren Energien ausgeben.“

Doch die nun auf 5,28 Cent je Kilowattstunde erhöhte EEG-Umlage belastet die Geldbörse der Bürger ohne Umwege, und erhitzt damit die Gemüter ebenso direkt. Die konventionellen Energien hingegen belasten fast unbemerkt. Sie werden vor allem durch Finanzhilfen und Steuervergünstigungen gefördert. Im Zeitraum von 1970 bis 2012 wurde erneuerbar erzeugter Strom mit durchschnittlich 3,4 Cent je Kilowattstunde bezuschusst. Energie aus Braunkohle profitierte von staatlichen Mitteln in Höhe von 1,3 Cent, bei Steinkohle waren es 3,3 Cent. Atomstrom erreichte gar eine Förderung von 4,0 Cent je Kilowattstunde und wurde seit 1970 mit mindestens 187 Milliarden Euro gefördert. Energiegewinnung aus Steinkohle kostete den Staatshaushalt bisher 177 Milliarden Euro, bei Braunkohle waren es 65 Milliarden Euro Förderung. Den regenerativen Energien kamen gerade einmal 54 Milliarden Euro zugute.

Weiterhin zeigt sich durch den Ausbau der Erneuerbaren bereits heute einen dämpfender Effekt auf die Gesamtkosten für Energie. Deutschland konnte im Jahr 2011 bereits auf den Import von fossilen Energierohstoffen im Wert von sechs Milliarden Euro verzichten, gab aber immer noch mehr als 80 Milliarden Euro für derartige Importe aus. In den nächsten Jahren ist laut Rohstoffexperten ein enormer Preisanstieg für Kohle, Gas und Erdöl zu erwarten, schließlich werden die Vorräte an Erdöl, Gas und Kohle allmählich überschaubar, während die weltweite Nachfrage weiter steigt. Bei gleichbleibenden Abnahmemengen dürften die Ausgaben Deutschlands bis 2020 um rund 40 Milliarden Euro in diesem Bereich steigen, prognostiziert die Agentur für Erneuerbare Energie. Selbst die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris ist inzwischen überzeugt, dass das weltweite Fördermaximum bei Erdöl bereits überschritten ist.

„Wir müssen die Frage stellen, ob Strom mit Energiewende wirklich teurer wäre als ohne.“

Die entsprechenden Untersuchungen zeigen inzwischen, dass die Variante mit Energiewende die billigere ist.“, meint Jochen Luhmann vom „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“. Ein Blick über den Strompreisrand sollte reichen, auch die Kosten von staatlichen Förderungen sowie für Umwelt- und Klimaschäden zu betrachten und künftig in die Debatte um die Energiewende einzubeziehen.

## Windbranchen-Riesen mit Sparvorschlägen fürs EEG

Vorhandene Kostensenkungspotenziale sollten ehrlich an Verbraucher weitergegeben werden

Für wenig Begeisterung bei den norddeutschen Windmüller dürfte das Reformvorhaben mehrerer großer Windunternehmen sorgen. Die Windradhersteller Enercon und Vestas, der Projektierer Juwi sowie Vertreter der Branchenverbände aus Süd- und Westdeutschland haben der Politik eine Kürzung der Subventionen vorgeschlagen. Danach sollen bestehende Kostensenkungspotenziale ehrlich und transparent benannt und an die Verbraucher weitergegeben werden, um in der Debatte um die Kosten der Energiewende wieder mehr Akzeptanz zu schaffen. Konstruktive Vorschläge sollen verhindern, dass die Politik die Ökostromförderung noch gänzlich kippt und die Lernfähigkeit der Branche hervorheben. So raten die Windunternehmen zu einer Absenkung der Windstromvergütung, vor allem an guten Windstandorten im Norden. Hier seien auch 5 bis 6 Cent pro kWh ausreichend, im Binnenland müs-



se hingegen weiter etwas höher vergütet werden. Grundsätzlich schlagen die Unternehmen aber eine Vergütung unter 10 Cent vor.

Auch bezüglich des Einspeisevorrangs gebe es Reformbedarf. So man könne nicht mehr mit einer vollen Entschädigung bei Netzabschaltung rechnen, wer weiterhin neue Windanlagen im Norden errichte. Vom Bundesverband Windenergie (BWE) verlangen die Branchenriesen nun einen Reformbeschluss bis zum Jahresende, um der Politik spätestens im Frühjahr einen Sparvorschlag für das EEG vorlegen zu können.

## 500 von 600 Energie-Genossenschaften entfallen auf die Erneuerbaren

Mehr als 90% der Genossenschaftsmitglieder sind Privatpersonen

Der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) geht davon aus, dass im Jahr 2012 etwa 150 neue Energie-Genossenschaften entstanden sind. Bundesweit gebe es rund 600 Ge-

nossenschaften im Energiebereich, davon etwa 500 im Bereich der erneuerbaren Energien.

Eine Umfrage des DGRV zeigt weiterhin, dass die meisten Energie-Genossenschaften im Bereich der Fotovoltaikanlagen tätig sind und im Schnitt rund 1,2 Mio. Euro in Solaranlagen investierten. Dabei wurden durch die Genossenschaften meist Anlagen mit einer Leistung von 440 kW installiert.

Die Mitglieder von Energie-Genossenschaften sind zu über 90 Prozent Privatpersonen, über 80.000 Bürger seien inzwischen an ihnen beteiligt. Vier Prozent machen Unternehmen und Banken aus, 3,5 Prozent Landwirte und lediglich 1,5 Prozent der Mitglieder sind Kommunen, öffentliche Einrichtungen und Kirchen.

Derzeit entsteht damit fast jeden zweiten Tag eine neue Energie-Genossenschaft. Sie zählen laut Umfrage durchschnittlich 29 Mitglieder und bringen im Schnitt ein Startkapital von gut 800.000 Euro mit, wenn sie die erste Investition tätigen. Bereits mit 50 Euro sind Beteiligungen an Genossenschaften möglich, die durchschnittliche Mindestbeteiligung liege jedoch bei 714 Euro. Tatsächlich beteiligten sich die Bürger im Schnitt mit 3.172 Euro.

## Einnahmen aus Gewerbesteuer oft unter den Erwartungen der Kommunen

Windige Verträge vermiesen mancher Gemeinde das Geschäft mit dem Wind

Windparks gelten als renditestarke, sichere Geldanlage, vor allem wenn private Geldgeber gesucht werden. Kommunale Wind-Genossenschaften boomen derzeit, Bürger beteiligen sich verstärkt mit ihrem Kapital an Windkraftanlagen ihrer Region und die Kommunen freuen sich darauf, von jedem Euro Gewinn etwas Gewerbesteuer einzustreichen.

Doch die Realität sieht manchmal auch anders aus. Im Regelfall werfen Windenergieanlagen nach etwa acht Jahren erste Gewinne ab, da dann die Kreditbelastung der Anlagen weit genug gesunken sein sollte. Doch mancherorts tun sie dies nicht, sei es wegen kostenintensiven Reparaturen an den Anlagen oder angeblich roten Zahlen bei den Betreibern. Fällt doch Gewerbesteuer ab, müssen die Gemeinden diese meist teilen. Allein 30 Prozent der Gewerbesteuer erhält beispielsweise die Gemeinde, in der der Verwaltungssitz des Windenergieerzeugers liegt.

Ebenso kann der Gewerbesteuerfluss überraschend schnell beendet sein, wenn die Windparks repariert oder erneuert werden müssen. Repowering ersetzt veraltete Anlagen durch neue, leistungsstärkere. Doch die gleichzeitig neue Kreditbelastung stoppt vorerst die Gewinne und damit die Gewerbesteuer-Einnahmen.

Eigentlich ist die Gewerbesteuer nur ein Teil der möglichen Einnahmen für Kommunen. Wie gut sie letztendlich am



Wind mitverdienen, hängt in erster Linie davon ab, wie gut sie mit den Windparkinvestoren verhandelt haben. Die Verträge fallen sehr unterschiedlich aus. Manchmal werden einmalig 10.000 Euro pro Anlage gezahlt, öfters kommen pro Windgenerator jährliche Festbeträge im vierstelligen Bereich hinzu. Diese werden je nach Absprache fünf, oder auch 25

Jahre lang gezahlt.

Besonders gut deutlich wird die Problematik am Beispiel der Thüringer Gemeinde Großenehrich, in deren Gebiet gleich zwei Windparks mit je elf Anlagen stehen. Einer wurde bereits Mitte der neunziger Jahre errichtet, warf bisher aber keinen Gewinn und damit keine Gewerbesteuer ab. Der andere, neuere Park steht auf Gemeindeland und bringt Großenehrich 32.000 Euro Pacht pro Jahr.

Kalkulierbare Einnahmen sind neben solchen Pachteinnahmen auch jährlich gezahlte Fixsummen. Die Gemeinde Saaleplatte beispielsweise schloss mit dem Windstromerzeuger Gestattungsverträge über 25 Jahre ab, die je Anlage 3.000 bis 5.000 Euro jährlich garantieren. Die Höhe ist abhängig von der tatsächlich erzeugten Leistung der aktuell 45 Windgeneratoren.

Ein ganz anderes Beispiel ist die Stadt Sondershausen, die sich zur Zeit noch über etwa 150.000 Euro Gewerbesteuererinnahmen jährlich freuen kann. Allerdings steht hier für zehn der insgesamt 23 Windräder ein Repowering an, was die Einnahmen vorübergehend schmälern wird.

## Polen und Tschechien verärgert über Deutschen Windstrom

Einführung eines Phasenschiebers wird erwogen

Aufgrund fehlender Leitungskapazitäten in Deutschland wird deutscher Windstrom immer mehr über polnische und tschechische Netze nach Süddeutschland geleitet. Dies führt inzwischen bei den östlichen Nachbarn zu immer größeren Problemen im Netzbetrieb.

In Deutschland würden immer mehr Windparks gebaut, beim Netzausbau passiere hingegen nach Ansicht der Polen und Tschechen so gut wie gar nichts. Deutschland nutze damit polnische und tschechische Netzinfrastruktur in starkem Maße, ohne jedoch für die Kosten entsprechend aufzukommen. Dies stellt die dortigen Betreiber vor große Probleme, da deren Netze nicht darauf ausgelegt sind, zusätzliche Strommengen aus Deutschland aufzunehmen. Immer häufiger mussten daher zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität heimische Kraftwerke heruntergefahren werden. Damit exportiere Deutschland seine eigenen Probleme in andere Länder.

Da das polnische Netz gefährdeter ist als das tschechische, könnten als erstes die Polen reagieren und die bislang offenen Stromgrenzen schließen. Dazu müssten sogenannte Phasenschieber installiert werden. Dabei handelt es sich um große Schalter, mit denen die Stromverbindungen nach Deutschland gekappt werden. Etwa 100 Millionen Euro würde die Installation für Polen wohl kosten. Mit einem ähnlichen Betrag rechnet auch der tschechische Netzbetreiber CEPS. Sogar über Österreich fließt deutscher

Windstrom nach Süddeutschland. Anders als bei der Polen und Tschechen macht den Österreichern der Stromimport aus Norddeutschland vergleichsweise wenig zu schaffen, weil ihr Netz deutlich leistungsfähiger ist. Dort profitiert man sogar vom deutschen Windstrom, da man damit günstig die heimischen Pumpspeicherkraftwerke füllen kann. Allerdings bekommen auch die Österreicher den Strom nicht direkt von Deutschland geliefert sondern über den Umweg der osteuropäischen Nachbarn.

## SWM erwerben französischen Windpark von Nordex

Längerfristige Zusammenarbeit anvisiert

Bereits schlüsselfertig haben die Stadtwerke München von der Landesgesellschaft Nordex France den Windpark „Fillières“ in der Region Lothringen übernommen. Damit erwarben die Münchner erstmalig einen schon fertig errichteten Windpark von dem französischen Turbinenhersteller.

Nordex SE gehört zu den bedeutendsten Projektentwicklern im Nachbarland und hat den Park „Fillières“ sowohl geplant als auch gebaut. Der Windpark im Nordosten Frankreichs besteht aus vier Großturbinen der Serie N90/2500 und soll einen Jahresenergieertrag von 20,7 Gigawattstunden liefern.

„Der Windpark „Fillières“ ist ein weiterer Baustein unserer ehrgeizigen Ausbauoffensive Erneuerbare Energien. Gleichzeitig ist er für uns das Pilotprojekt mit Nordex. Wir würden uns freuen, wenn wir mit diesem neuen renom-

mierten Partner weitere gemeinsame Projekte realisieren könnten.“, so Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung. Das bayrische Unternehmen zählt zu den Vorreitern im Bereich regenerativer Energien und hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2025 den gesamten Strombedarf Münchens, rund 7,5 Milliarden Kilowattstunden, mit selbsterzeugtem Ökostrom zu decken. München wäre dann weltweit die erste Millionenstadt, die ausschließlich grüne Energie bezieht.

Für Nordex sind die SWM besonders bedeutende Neukunden, da sie auch für Vorstand Lars Bondo Krogsgaard „zu den wichtigsten Unternehmen aus diesem Segment zählen“. Auch er hofft, „dass dies der Auftakt zu einer längerfristigen guten Zusammenarbeit ist“.

## Schweizer EBM übernimmt zu 100% deutschen Windpark Frehne I

Windkraftportfolio wächst um 6,3 MW auf 95 MW installierte Leistung

Der Schweizer Windkraft-Riese EBM übernimmt zu 100 Prozent den im Januar 2012 in Betrieb genommen deutschen Windpark Frehne I. Das Unternehmen besitzt seit über drei Jahren Beteiligungen am Fonds «Aravis Energy I LP» (Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen), der sich auf Investitionen in die Produktion von grünem Strom konzentriert und hat von diesem nun den Windpark Frehne I akquiriert, der sich in Brandenburg befindet. Drei Enercon Turbinen mit einer installierten Leistung von insgesamt 6,3 MW sollen hier über 13,2 Mio. kWh Strom

pro Jahr produzieren, ausreichend für die Versorgung von 3.300 Schweizer 4-Personen-Haushalten.

Die EBM zählt zu den größten Windstromerzeugern der Schweiz und verfügt insgesamt über ein beachtliches Windportfolio von 95 MW installierter Leistung. Mit der Übernahme von Frehne I schreitet das Unternehmen konsequent bei der Erweiterung seiner Produktionsanteile bei den erneuerbaren Energien voran.

## Größter Windpark Bayerns voraussichtlich zum Jahresende am Netz

19,2 MW-Park soll mit 40 Mio. kWh rund 12.000 Haushalte versorgen

Der Bau des größten Windpark Bayerns in Zöschingen, Kreis Dillingen a. d. Donau, geht nun in die heiße Phase. Das 32 Millionen Euro Investitionsvolumen umfassende Projekt der VenSol Neue Energien GmbH aus Babenhausen soll zum Jahresende planmäßig in Betrieb gehen.

Installiert wurden acht Windräder vom Typ Nordex N117/2400, welche mit einer Gesamthöhe von 180 Metern und einem Rotordurchmesser von 117 Metern die derzeit ertragsstärksten Binnenlandturbinen ihrer Klasse darstellen. Nach Angaben des Herstellers sind sie besonders für Gegenden mit schwächeren Windverhältnissen geeignet.

Die acht Anlagen können eine Spitzenleistung von 19,2 MW erzielen und damit jährlich rund 40 Mio. kWh Strom erzeugen, ausreichend für die Versorgung von etwa 12.000 Haushalten.

Über insgesamt sechs Beteiligungsgesellschaften haben sich knapp 700 private Anleger und Mittelständler an dem Windpark-Projekt beteiligt. Generalunternehmer ist die Honold GmbH Windkraftanlagen aus Altusried, die auch für den technischen Betrieb des Windparks in Zöschingen verantwortlich ist. Das Unternehmen ist bereits seit 1998 in der Projektentwicklung von Windkraftanlagen in Bayern und Baden-Württemberg tätig und realisierte schon mehr als 30 Windkraftanlagen.

Auch der Allgäuer Projektierer VenSol Neue Energien GmbH kann auf Erfahrung zurückgreifen, VenSol arbeitet seit über zehn Jahren erfolgreich in der Ent-



wicklung von nachhaltigen Investmentlösungen im Wind- und Solarbereich und verwirklichte bisher Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 120 Millionen Euro und einer installierten Leistung von über 65 MW. Durch diese werden jährlich etwa 73.000 Tonnen CO<sub>2</sub> gegenüber konventionellen Verbrennungskraftwerken eingespart. Bei dem Projekt in Zöschingen ist zusätzlich eine besonders hohe regionale Wertschöpfung gegeben, da die Finanzierung des Fremdkapitals ausschließlich Raiffeisenbanken der Region übernehmen.

## EnBW plant mit der türkischen Borusan Holding 50 MW-Windpark bei Istanbul

Turbinen liefert Siemens

EnBW plant derzeit im Rahmen seines Joint Venture mit der türkischen Borusan Holding den Bau eines 50 MW-Windparks in der Nähe von Istanbul. 22 Windkraftanlagen mit jeweils 2,3 MW Leistung sollen für den Windpark „Balabanli“ errichtet werden, der ab Ende 2014 pro Jahr 149 Mio. kWh Strom erzeugen soll. Siemens wird voraussichtlich die Windturbinen liefern und installieren, und für die kommenden zehn Jahre deren Wartung übernehmen. Bereits 2009 stieg EnBW mit dem Joint Venture Borusan EnBW Enerji in den türkischen Energiemarkt ein. In den kommenden acht Jahren plant das Karlsruher Unternehmen vorrangig im Bereich der erneuerbaren Energien seine Erzeugungskapazitäten um 2.000 MW zu erhöhen.

## Lastabschalt-Verordnung lässt auf sich warten

Verabschiedung wird wohl erst 2013 erfolgen

Auf Nachfrage der Grünen-Fraktion räumte das Bundeswirtschaftsministerium nun Verzögerungen bei der Verabschiedung der geplanten Lastabschalt-Verordnung ein. Diese warte noch immer in der Ressortabstimmung von Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium. Da danach noch Bundestag und Bundesrat folgen müssen, ist eher unwahrscheinlich, dass die Verordnung wie von der Bundesregierung angekündigt, noch in diesem Jahr kommen wird.

Der energiepolitischen Sprecher der Grünen, Oliver Krischer, bezeichnete es angesichts der Debatten um das Kraftwerksstilllegungsverbot als „fahrlässig“, Potenziale von abschaltbaren Lasten nicht zu heben.

Die Verordnung zu den abschaltbaren Lasten soll der Sicherung der Netzstabilität in Deutschland dienen. Die jeweiligen Netzbetreiber treffen mit bestimmten Großbetrieben die Vereinbarung, bei Engpässen auch kurzfristig Stromlasten abzuschalten, wenn der Netzbetreiber dies verlangt. Dafür sollen die Unternehmen eine Vergütung von maximal 60.000 Euro für ein Jahr Lastabwurf-Vereinbarung erhalten. Insgesamt sind rund 3.000 MW an Abwurfleistung zur Ausschreibung vorgesehen. Im Wirtschaftsministerium rechnet man mit einem maximalen Jahresvolumen von 100 Mio. Euro für die Vergütung. Bisher erfolgten derartige Absprachen nur auf freiwilliger Basis. Die Verordnung würde dem Lastmanagement der Netzbetreiber eine rechtliche Grund-

lage geben und Vergütungsansprüche klar regeln. Auch die Umlagefähigkeit solcher Kosten verursacht bei den Netzbetreibern bislang unnötig Schwierigkeiten mit der Bundesnetzagentur, da konkrete Regelungen fehlen.

Die Lastabwurf-Zahlungen sollen über die Netzentgelte auf die Endverbraucher umgelegt werden. Auch bei der Verordnung zur Regelung der Lastmanagementpotenziale bei Privatkunden, sowie bei den Stromnetzzugangsverordnungen, die die Einführung variabler Strompreise vereinfachen sollen, gibt es voraussichtlich Verzögerungen. Laut Wirtschaftsministerium sollen Entwürfe zu diesen Verordnungen erst im kommenden Jahr zur Diskussion gestellt werden.

### Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen des 4initia Newsletters wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des 4initia Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung von der 4initia GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.